

nachdenkwetter



Gaaanz laaange hat Armin Laschet nachgedacht. Nun ist er zu dem Ergebnis gekommen, zu dem Wissenschaftler:innen schon seit längerem raten, ohne von ihm und den anderen MPs erhört zu werden: Notwendig sei jetzt ein „Brücken-Lockdown“ – bis die Inzidenzzahlen so niedrig seien, dass Tests sowie Nachverfolgungen tatsächlich funktionierten und viele Menschen geimpft seien. Also bis Mai oder gar Juni. Am 12. April sollen die Regierungschef:innen von Bund und Ländern darüber beraten, fordert Laschet. Nun ja, besser spät als nie.

„Freiheit geht nur solidarisch“

Das Bündnis „Unteilbar“ kritisiert Querdenken-Proteste

Das breite Verbändebündnis „Unteilbar“ macht Front gegen die Proteste von sogenannten Querdenkern. „Wir fordern eine solidarische Politik, die nicht nur die hört, die am lautesten schreien, sondern sich am Wohl aller Menschen ausrichtet – in der Krise und danach“, hieß es in einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung. Beteiligt sind Gewerkschaften, Sozial- und Umweltverbände sowie Menschenrechtsorganisationen.

„Das Hinterfragen staatlicher Politik, auch der Corona-Maßnahmen, ist wichtig“, heißt es in dem Text. Dabei seien jedoch „Verschwörungserzählungen, Rassismus und faschistische Ideologien niemals legitim“. Weiter heißt es: „Freiheit geht nur solidarisch“. Dagegen „zerstören Egoismus und Rücksichtslosigkeit den gesellschaftlichen Zusammenhalt“. Wer sich „Querdenker“-Protesten anschließe, fordere „eine Gesellschaft, in der die gesundheitlichen Gefahren für Millionen Menschen gezeugt werden und in der antisemitisch konnotierte Verschwörungserzählungen an die Stelle von überprüfbaren Fakten treten“.

Auf Demonstrationen auf der Straße will das Bündnis aktuell verzichten. Allerdings werde es künftig auch wieder „Proteste für einen klimagerechten, sozialen, antirassistischen und geschlechtergerechten Weg aus der Krise“ geben, jedoch dann unter Einhaltung der Coronaregeln.

Zuletzt hatte es am Samstag eine Großkundgebung von „Querdenkern“ in Stuttgart gegeben. Dabei wurden Coronaschutzmaßnahmen systematisch missachtet und Journalist:innen und Journalisten angegriffen. (afp)

medien 18

Große Koalition streitet um Schutz für Muslime

Die neue Strafnorm gegen „verhetzende Beleidigung“ soll nach dem Willen der CDU/CSU nur Gruppen mit NS-Verfolgungs-Schicksal schützen – die SPD hält das für falsch

Von Christian Rath, Freiburg

Die Große Koalition wird eine neue Strafnorm gegen „verhetzende Beleidigung“ schaffen. Die Unionsparteien CDU/CSU wollen dabei aber Muslimen den Schutz verweigern.

Konkret geht es um verhetzende E-Mails oder Briefe, die an Einzelpersonen, Initiativen oder Verbände geschrieben werden. Da wird die erneute Vergangung von Juden propagiert, den Muslimen der Tod gewünscht und Homosexuelle werden als „Perverse“ geschmäht. Alles strafbar? Von wegen.

So können individuell zugesandte Nachrichten nicht als „Volksverhetzung“ bestraft werden. Denn eine Volksverhetzung liegt laut Strafgesetzbuch nur vor, wenn die Aussage „der Öffentlichkeit zugänglich“ gemacht wurde oder wenn sie geeignet ist, „den öffentlichen Frieden zu stören“.

Auch eine „Beleidigung“ ist in der Regel nicht gegeben, weil hier gegen Gruppen gehetzt wird und nicht gegen konkrete Personen. Eine Kollektivbeleidigung ist laut Bundesverfassungsgericht bisher nur strafbar, wenn der Adressatenkreis überschaubar ist.

Schon im Frühjahr 2020 hat Felix Klein, der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregierung, auf diese Strafbarkeitslücke zwischen Beleidigung und Volksverhetzung hingewiesen. Es gelang ihm, Thorsten Frei, Fraktionsvize der CDU/CSU, und Eva-Högl, damaliges Penitent bei der SPD, zu überzeugen. Seitdem verhandelt die Regierungskoalition über einen neuen Strafparagrafen.

Offiziell wurde das Vorhaben erstmals im November 2020. Damals beschloss der Antifakabinettsausschuss der Bundesregierung eine Liste mit 89 Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Mit dabei: „Erarbeitung von Regelungsvorschlägen zur Strafbarkeit von verhetzenden Beleidigungen“.

Diskutiert wird nun ein neuer Paragraf 192a im Strafgesetzbuch. Danach würde sich strafbar machen, wer die Menschenwürde anderer angreift, indem er bestimmte Gruppen verächtlich macht oder verleumdet. Die Koalition hat sich aber noch nicht auf einen gemeinsamen Entwurf geeinigt.

Hauptstreitpunkt ist die Frage, welche Gruppen und welche Personen hier vor An-

griffen geschützt werden sollen. CDU-Mann Frei will den Anwendungsbereich der Norm eng halten. „Nicht jede Kollektivbeleidigung soll strafbar sein“, sagte er zur taz. Die Union will den Schutz der Norm daher auf die Mitglieder von Gruppen begrenzen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden.

Das hält die SPD jedoch für falsch. „Dann wären ja Muslime nicht erfasst“, warnt Johannes Fechner, rechtspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Nach

Auch der Zentralrat der Juden will keinen Exklusivschutz für Jüdinnen und Juden

den Morden von Hanau und der Anschlagserie des NSU, die jeweils auf Muslime abzielten, sei es nicht vertretbar, ausgerechnet Muslime beim Schutz der neuen Norm auszunehmen.

Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestags hat im Januar geprüft, ob die Beschränkung der Strafnorm auf Gruppen mit NS-Verfolgungs-Geschichte rechtlich möglich wäre und hat dies

bejaht. Der Gesetzgeber habe einen weiten Gestaltungsspielraum. Die Annahme sei „nicht willkürlich“, dass Gruppen, die im Nationalsozialismus verfolgt wurden, auch heute noch besonders schutzwürdig sind, so das Kurzgutachten, das der taz vorliegt.

Politisch ist der bisher kaum bekannte Vorschlag der CDU/CSU aber konfliktträchtig. „Es ist brandgefährlich, die Strafbarkeit auf nur einige betroffene Gruppen zu beschränken und dadurch den Eindruck zu erwecken, der Staat würde zwischen Betroffenen der ersten und zweiten Klasse unterscheiden“, kritisiert Deniz Nergiz, Geschäftsführerin des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats (BZI).

Auch der Zentralrat der Juden will keinen Exklusivschutz für Jüdinnen und Juden. „Es ist selbstredend, dass ein solcher Straftatbestand nicht eine bestimmte Gruppe, sondern alle Opfer schützen soll.“

Thorsten Frei geht davon aus, dass eine Einigung in dieser Wahlperiode möglich ist. „Die CDU/CSU ist an der Realisierung der neuen Strafnorm genauso interessiert wie die SPD.“

meinung + diskussion 12

Zehntausend demonstrieren für Frieden und Abrüstung

In rund 100 Orten in Deutschland hat sich die Friedensbewegung am Osterwochenende zu den traditionellen Ostermärschen getroffen – dieses Mal pandemiegerecht mit Abstand und Masken

Von Andreas Wyputta, Bochum

An bundesweit rund 100 Orten haben Menschen am Osterwochenende für Frieden und Abrüstung demonstriert, darunter in Berlin, Hamburg, Bremen und München. Aber auch am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel oder beim Ostermarsch Rhein Ruhr forderten die Teilnehmer:innen einen Beitritt der Bundesrepublik zum Atomwaffenverbotstratrat der Vereinten Nationen, eine Senkung der Militärausgaben und den Stopp von Rüstungsexporten.

Insgesamt zählten die Organisator:innen auf der Straße rund 10.000 Teilnehmer:innen, außerdem gab es Onlinediskussionen und Livestreams. „Wir sind alle superzufrieden“, sagte Kristian Golla vom Netzwerk Friedenskooperative der taz. „Mit Maske, Abstand und Hygienekonzepten haben wir gezeigt, wie trotz Corona ein verantwortungsvoller und achtsamer Protest aussehen kann.“

Eine der zentralen Forderungen der Proteste war die nukleare Abrüstung. In Büchel, wo US-amerikanische Atombomben lagern und Piloten der deutschen Luftwaffe deren Abwurf trainieren, hatten die Behörden die Zahl der Demonstrationen coronabedingt zwar auf 75 beschränkt. Friedensaktivist Golla verweist aber auf eine von Greenpeace Deutschland veröffentlichte repräsentative Umfrage: Danach sprechen sich deutschlandweit mehr als 80 Prozent für die Vernichtung aller Atomwaffenarsenale aus.



Mit Abstand: Ostermarsch am Karsamstag in Berlin Foto: Christian Mang

Allein beim Ostermarsch Rhein Ruhr zählten die Organisator:innen zwischen Düsseldorf und Dortmund rund 1.000 Friedensaktivist:innen. Heftig kritisiert wurden dort die deutschen Rüstungsausgaben, die nach Nato-Standards allein 2020 um 8,4 Prozent auf 51,6 Milliarden Euro gestiegen sind: Auch mehr als 30 Jahre nach Ende des Kalten Krieges fließt fast jeder zehnte deutsche Steuereuro ins Militär.

„Mit 1,56 Prozent ist Deutschland trotzdem weit vom Nato-Ziel entfernt, nach dem die Mitgliedstaaten ihre Rüstungsausgaben bis spätestens 2024 auf 2 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts erhö-

hen sollen“, kritisierte Ostermarsch-Mitorganisator Joachim Schramm von der Deutschen Friedensgesellschaft (DFG-VK). Je nach wirtschaftlicher Entwicklung müsste der Etat der Bundeswehr damit auf 60 Milliarden Euro und mehr steigen. Dabei gaben die 30 Nato-Staaten 2020 zusammen bereits rund 1,1 Billionen US-Dollar (930 Milliarden Euro) fürs Militär aus.

China steckte laut Berechnungen des Internationalen Instituts für strategische Studien (IISS) 193,3 und Russland nur auf 60,6 Milliarden Dollar in die Rüstung. Bereits am Karfreitag hatte es in Gronau und Jülich Proteste gegen die deutsche Urananreicherung gegeben, die

vom Atomausstieg ausgenommen ist. „Wer die zur Urananreicherung nötige Zentrifugentechnik beherrscht, die hier in Jülich weiterentwickelt wird, besitzt den Schlüssel zur Atombombe“, sagt Marita Boslar von der Initiative Stop Westcastor.

Auch in Gronau, wo die einzige Urananreicherungsanlage Deutschlands steht, hatten am Freitag rund 150 Menschen per Fahrraddemo gegen „Atomanlagen und Atomwaffen“ demonstriert. „Extrem wichtig“ sei, sagt der in Gronau lebende Sprecher des Bundesverbands Bürgerinitiative Umweltschutz, Udo Buchholz, „Friedens-, Anti-Atom- und Klimaschutzbewegung weiter zu vernetzen“.

taz genossenschaft

Radeln fürs Klima

Fit bleiben und in Zukunft noch richtigen Frühling erleben!

taz Rad Verlosung



Die taz Genossenschaft sucht ihr Mitglied Nr. 21.000!

Unter allen Interessent*innen und Neuzugewinn*innen verlosen wir ein taz Rad.

Mit einer Einlage ab 500 € (zahlbar auch in 20 Raten à 25 €) können Sie Mitgliegtümer*in der taz werden.

taz Verlagsgenossenschaft eG | T (030) 259 02 213
geno@taz.de | genossenschaft.taz.de